

Gliederungsübersicht

1. Teil: Grundlagen des Leistungsstörungenrechts

§ 1	Dogmatische Grundlagen	2
§ 2	Der rechtliche Rahmen	14

2. Teil: Das Schicksal der Leistungspflicht

1. Abschnitt: Fortfall oder Anpassung der Leistungspflicht im Interesse des Schuldners

1. Kapitel: Begrenzung der Leistungspflicht wegen eines Leistungshindernisses

§ 3	Das Leistungshindernis	22
§ 4	Befreiung von der Leistungspflicht bei Unmöglichkeit der Leistung und Unvermögen des Schuldners	28
§ 5	Wegfall der Leistungspflicht bei Leistungser schwerungen (§ 275 Abs. 2, Abs. 3 BGB)	50
§ 6	Leistungser schwerung als Störung der Geschäftsgrundlage	66
§ 7	Vertragliche Regelung der Leistungsanstrengungen	86
§ 8	Die Grenzen der Leistungspflicht im Leistungsprozess	97

2. Kapitel: Wegfall der Leistungspflicht aus sonstigen im Interesse des Schuldners liegenden Gründen

§ 9	Befreiung des Schuldners wegen Zweckverfehlung	101
§ 10	Befreiung zum Schutz der Rechtsgüter des Schuldners	104

2. Abschnitt: Fortfall oder Anpassung der Leistungspflicht im Interesse des Gläubigers

§ 11	Überblick	105
§ 12	Der Fortfall des Gläubigerinteresses an der Leistung als Fall der Unmöglichkeit und als Störung der Geschäftsgrundlage	108

3. Teil: Auswirkungen der Störung auf die Gegenleistungspflicht

§ 13	Grundlagen	122
§ 14	Vorläufige Verweigerung der Gegenleistung (§§ 320–322 BGB)	127
§ 15	Endgültiger Fortfall des Gegenleistungsanspruchs (§§ 323–326 BGB)	144

4. Teil: Die Pflicht des Schuldners zu Schadensersatz und Ersatzherausgabe

1. Abschnitt: Der Schutz des Gläubigers durch Schadensersatzpflichten

§ 16	Die Struktur der gesetzlichen Regelung	179
------	--	-----

Gliederungsübersicht

2. Abschnitt: Der Schadensersatz statt der Leistung

§ 17 Der Schutz des Leistungsinteresses im Überblick	183
§ 18 Schadensersatz statt der Leistung bei Leistungshindernissen	188
§ 19 Schadensersatz statt der Leistung wegen Nichtleistung	205
§ 20 Schadensersatz statt der Leistung bei Schlechtleistung	231
§ 21 Schadensersatz statt der Leistung wegen Gefährdung der Leistung	245
§ 22 Schadensersatz statt der Leistung bei Dauerschuldverhältnissen	252
§ 23 Schadensersatz statt der Leistung wegen Verletzung von Rücksichtnahmepflichten (§ 282 BGB)	255
§ 24 Der Übergang zum Schadensersatzanspruch	261
§ 25 Der Inhalt des Schadensersatzanspruchs	268
§ 26 Die Pflicht zur Herausgabe eines Ersatzes (§ 285 BGB)	310

3. Abschnitt: Schadensersatz für vorübergehende Störungen

§ 27 Begriff und Problem der vorübergehenden Störungen	323
§ 28 Vorübergehende Nichtleistung (Schuldnerverzug)	324
§ 29 Andere vorübergehende Störungen	353

4. Abschnitt: Der Schutz des Integritätsinteresses

1. Kapitel: Die Grundlagen der Haftung für Integritätsverletzungen

§ 30 Strukturelemente der Haftung	356
---	-----

2. Kapitel: Die Haftung für vorvertragliche Pflichtverletzungen

§ 31 Das vorvertragliche Schuldverhältnis	366
§ 32 Der vorvertragliche Schutz der Rechtsgüter	372
§ 33 Der vorvertragliche Schutz der Entscheidungsfreiheit	373

5. Abschnitt: Die Zurechnung der Pflichtverletzung

§ 34 Das Vertretenmüssen des Schuldners	420
---	-----

5. Teil: Die Verantwortung des Gläubigers

§ 35 Grundlagen	445
§ 36 Die Verantwortung des Gläubigers für Mitwirkungsdefizite im Rahmen des Gläubigerverzuges	451
§ 37 Die Verantwortung des Gläubigers für Leistungshindernisse	497
§ 38 Vom Gläubiger mit zu verantwortende Störungen (beiderseitige Verant- wortung)	521

Gliederungsverzeichnis

1. Teil: Grundlagen des Leistungsstörungenrechts

§ 1 Dogmatische Grundlagen

A. Der Begriff der Leistungsstörung	2
I. Das Zurückbleiben hinter dem Gesollten	2
II. Rechtliche Bedeutung des Begriffs	3
III. Verhältnis zu anderen Allgemeinbegriffen	3
B. Funktionen des Leistungsstörungenrechts	4
I. Formale Funktion	4
II. Materielle Funktion	5
1. Gerechter Ausgleich der Parteiinteressen	5
2. Realisierung bestimmter Ordnungsziele?	5
C. Die tatbestandliche Erfassung der Störung	7
I. Unterscheidung zwischen Leistungsinteresse und Integritätsinteresse	8
II. Unterscheidungen innerhalb der Störungen des Leistungsinteresses	8
1. Unterscheidung nach der Art der Störung (Nichtleistung, Teilnichtleistung, Schlechtleistung)	8
2. Unterscheidung nach der Behebbarkeit der Störung (Leistungshindernis)	9
3. Unterscheidung nach dem Grad der Störung (Verletzung und Gefährdung)	9
4. Unterscheidung nach der Dauer der Störung (Endgültige und vorübergehende Störung)	9
5. Unterscheidung nach dem Zeitpunkt der Störung	10
6. Unterscheidung nach der rechtlichen Absicherung des Leistungsinteresses (Störung des Inhalts oder der Grundlage des Schuldverhältnisses)	10
7. Unterscheidung nach der Zurechenbarkeit der Störung	10
III. Unterscheidungen innerhalb der Störung des Integritätsinteresses	11
IV. Mehrheit von Störungen	11
D. Die Zurechnung der Störung	11
E. Die Regulierung der Störungsfolgen	12
F. Das Darstellungskonzept	13
I. Die rechtsfolgenorientierte Systematik	13
II. Die Fallarbeit mit dem Buch	13

Gliederungsverzeichnis

§ 2 Der rechtliche Rahmen

A. Normative Grundlagen	14
I. Die Regelung des BGB	14
II. Gemeinschaftsrechtsrechtliche und internationale Einflüsse	15
B. Der Anwendungsbereich des gesetzlichen Leistungsstörungenrechts	16
I. Gegenständlicher Anwendungsbereich	16
II. Räumlicher Anwendungsbereich	16
III. Zeitlicher Anwendungsbereich	17
C. Die Einordnung leistungsstörungsrechtlicher Ansprüche und Rechte in das BGB	18
D. Vertragliche Regelungen	18

2. Teil: Das Schicksal der Leistungspflicht

1. Abschnitt: Fortfall oder Anpassung der Leistungspflicht im Interesse des Schuldners

1. Kapitel: Begrenzung der Leistungspflicht wegen eines Leistungshindernisses

§ 3 Das Leistungshindernis

A. Die Ergänzungsbedürftigkeit der Leistungspflicht	22
B. Ausgrenzung der vom Schuldner nicht zu überwindenden Leistungshindernisse	24
I. Die Pflichtbegrenzung als Problem des materiellen Rechts	24
II. Die pflichtenbegrenzenden Prinzipien	25
III. Die Bedeutung des Vertretenmüssens für die Begrenzung der Leistungspflicht	26
IV. Die Unerheblichkeit des Zeitpunktes des Leistungshindernisses	28

§ 4 Befreiung von der Leistungspflicht bei Unmöglichkeit der Leistung und Unvermögen des Schuldners

A. Regelungszweck	28
B. Tatbestand der Unmöglichkeit	29
I. Begriff	29
II. Arten der Unmöglichkeit	30
1. Physische Unmöglichkeit	30
2. Rechtliche Unmöglichkeit	31
3. Anderweitige Befriedigung des Leistungsinteresses als Unmöglichkeit	34
4. Unmöglichkeit bei höchstpersönlichen Leistungen	35
5. Unmöglichkeit bei mehreren erfüllungstauglichen Leistungen	36
6. Unmöglichkeit der Erfüllung von Unterlassungspflichten	38
7. Unmöglichkeit infolge Störung außerhalb der Schuldnerverantwortung liegender Umstände	38

8. Vorübergehende Leistungshindernisse	40
a) Die Fallkonstellationen	40
b) Gleichstellung mit dauerhaftem Leistungshindernis im Interesse des Schuldners	41
c) Gleichstellung mit dauerhaftem Leistungshindernis im Interesse des Gläubigers	41
d) Keine Gleichstellung mit dauerhaftem Leistungshindernis	42
e) Veränderung der Lage	44
f) Vorrangige vertragliche Regelung	44
9. Teilunmöglichkeit	44
C. Das Unvermögen	46
I. Begriff	46
II. Bedeutung für besondere Schuldinhalte	48
 § 5 Wegfall der Leistungspflicht bei Leistungerschwerungen (§ 275 Abs. 2, Abs. 3 BGB)	
A. Die Leistungerschwerung	50
B. Kriterien für die rechtliche Bewertung der Leistungerschwerung	51
C. Befreiung wegen groben Missverhältnisses von Leistungsaufwand und Leistungsinteresse (§ 275 Abs. 2 BGB)	52
I. Der Aufwand des Schuldners	53
1. Begriff	53
2. Bedeutung der Gegenleistung	55
II. Das Interesse des Gläubigers an der Leistung	56
III. Das Vertretenmüssen des Leistungshindernisses	57
IV. Grobes Missverhältnis	57
V. Verantwortlichkeit des Gläubigers	59
VI. Bedeutung des § 275 Abs. 2 BGB für Schadensersatz statt der Leistung	60
VII. Befreiung wegen „einfacher“ Unverhältnismäßigkeit bei gesetzlichen (Nach-)Leistungspflichten	60
D. Unzumutbarkeit bei in Person zu erbringenden Leistungen (§ 275 Abs. 3 BGB)	61
I. Grundgedanke	61
II. In Person zu erbringende Leistungen	62
III. Bedeutung des Vertretenmüssens	63
E. Unzumutbarkeit bei nicht in Person zu erbringenden Leistungen	64
F. Geltendmachung und Rechtsfolge	64

§ 6 Leistungerschwerung als Störung der Geschäftsgrundlage

A. Die Bedeutung der Geschäftsgrundlage für den Schuldner	66
B. Normativer Kern der Geschäftsgrundlage	67
C. Geschäftsgrundlage und Vertragsinhalt	68

Gliederungsverzeichnis

D. Die Geschäftsgrundlage	69
I. Gemeinsamkeit der die Geschäftsgrundlage bildenden Vorstellungen	69
1. Kenntnis/Erkennbarkeit der Vorstellung für den Gegner	69
2. Kenntnis/Erkennbarkeit der Erheblichkeit	71
3. Der „beiderseitige Irrtum“	71
II. Keine Risikozuweisung	72
E. Störung der Geschäftsgrundlage	73
I. Wirklichkeitsabweichung	73
II. Unzumutbarkeit der Bindung	74
III. Bedeutung des Vertretenmüssens und der Vorhersehbarkeit	75
IV. Fallgruppen	76
1. Von Beginn an fehlerhafte Aufwandsplanung	76
2. Nachträgliche Überholung der Aufwandsplanung	77
3. Verhältnis zu anderen Fallgruppen	77
F. Rechtsfolgen	78
I. Vorrang der Anpassung	78
1. Inhalt	78
2. Gerichtliche Durchsetzung	79
II. Rücktritt/Kündigung	81
III. Ausgleich von Vermögensnachteilen	81
G. Verhältnis zu § 275 Abs. 2, 3 BGB	82
H. Die Kündigung des Schuldners bei Dauerschuldverhältnissen	84
J. §§ 275, 313 BGB in der Fallanwendung	85
K. Entlastung des Schuldners durch Erhöhung der Gegenleistung	85
L. Die Leistungsgefahr	85

§ 7 Vertragliche Regelung der Leistungsanstrengungen

A. Als Regelung der Leistungspflicht oder als Haftungsregelung	86
B. Vertragliche Erhöhung der Leistungsanstrengungen	87
C. Vertragliche Begrenzung der Leistungsanstrengungen	88
D. Insbesondere: Vertragliche Regelung von Beschaffungsanstrengungen	91
I. Die der Leistungspflicht inhärente Regelung der Beschaffungsanstrengungen	91
1. Ausgangspunkt	91
2. Erweiterung durch gesetzliche Ersatzlieferungspflichten	92
3. Erweiterung durch Vereinbarung einer Gattungsschuld	93
4. Gerichtliche Erzwingbarkeit der Beschaffungsanstrengungen	94
5. Haftung für Nichtbeschaffbarkeit	94
II. Vertragliche Beschränkungen der Beschaffungsanstrengungen	95

§ 8 Die Grenzen der Leistungspflicht im Leistungsprozess

A. Im Erkenntnisverfahren	97
I. Prozessrechtsdogmatische Einordnung	97
II. Darlegungs- und Beweislast	98

B. In der Zwangsvollstreckung	100
C. Bedeutung der Leistungsklage für den Übergang zum Schadensersatz . . .	101
 2. Kapitel: Wegfall der Leistungspflicht aus sonstigen im Interesse des Schuldners liegenden Gründen	
§ 9 Befreiung des Schuldners wegen Zweckverfehlung	
I. Problemstellung	101
II. Vertragliche Einbeziehung des Zwecks	102
III. Einbeziehung in die Geschäftsgrundlage	103
 § 10 Befreiung zum Schutz der Rechtsgüter des Schuldners	104
 2. Abschnitt: Fortfall oder Anpassung der Leistungspflicht im Interesse des Gläubigers	
§ 11 Überblick	
A. Die Problemstellung	105
B. Die gesetzlichen Rechtfertigungsgründe	105
I. Fortfall des Interesses an der Leistung	106
II. Unzumutbarkeit weiterer Bindung an die Leistungspflicht	106
III. Erfolgreiche Nachfristsetzung	106
C. Das Gläubigerinteresse als Inhalt oder Grundlage des Vertrages	107
D. Die Darstellung	107
 § 12 Der Fortfall des Gläubigerinteresses an der Leistung als Fall der Unmöglichkeit und als Störung der Geschäftsgrundlage	
A. Wegfall des Gläubigerinteresses an der Leistung als Fall der Unmöglich- keit (§ 275 Abs. 1 BGB)	108
I. (Voll-) Unmöglichkeit wegen nicht behebbarer Unvollständigkeit der Leistung	108
II. (Voll-) Unmöglichkeit wegen nicht behebbaren Qualitätsmangels . . .	109
III. Nichteinhaltung sonstiger Leistungsmodalitäten als Unmöglich- keit	110
1. Die exakte Leistung	110
2. Insbesondere: Absolute Fixschuld	111
IV. Unerreichbarkeit des Verwendungszwecks als Unmöglichkeit	112
1. Verwendungszweck als Gegenstand der Leistungspflicht	113
2. Vertragliche Gleichstellung des Verwendungszwecks mit der Leistung	113
B. Störung des Gläubigerinteresses an der Leistung als Störung der Ge- schäftsgrundlage	115
I. Der Wegfall des Gläubigerinteresses an der Leistung (Zweckfortfall) als Störung der Geschäftsgrundlage	115

Gliederungsverzeichnis

1. Erkennbarkeit des Verwendungszwecks für den Schuldner	115
2. Risiko des Gläubigers	116
3. Rechtsfolge	117
II. Störung des Äquivalenzinteresses	117
1. Äquivalenzstörung infolge Wertverlusts	118
2. Äquivalenzstörung infolge fehlerhafter (Preis-)Kalkulation	118
III. Rechtsfolge	119
IV. Verhältnis zu anderen Rechtsbehelfen des Gläubigers	120

3. Teil: Auswirkungen der Störung auf die Gegenleistungspflicht

§ 13 Grundlagen

A. Das Regelungsproblem	122
B. Terminologie	123
C. Der Anwendungsbereich der §§ 320–326 BGB	123
I. Gegenseitiger Vertrag	123
II. Die betroffenen Pflichten	125
1. Gegenseitige Leistungspflichten	125
2. Nebenleistungspflichten	126
3. Rücksichtnahmepflichten	126

§ 14 Vorläufige Verweigerung der Gegenleistung (§§ 320–322 BGB)

A. Zweck der Regelung	127
B. Die Einrede des nicht erfüllten Vertrages (§ 320 BGB)	128
I. Voraussetzungen	128
1. Gegenseitigkeit	128
2. Nichterfüllung	129
3. Weitere Voraussetzungen des § 320 BGB	130
4. Teleologische Einschränkungen des § 320 BGB	130
5. Verhältnismäßigkeit, insbesondere bei Teilleistungen	132
6. Rechtsgeschäftliche Einschränkungen	133
II. Rechtsfolgen des § 320 BGB	133
C. Die prozessuale Abwicklung gegenseitiger Leistungspflichten (§ 322 Abs. 1, 3 BGB)	134
I. Die Einrede des nicht erfüllten Vertrages im Erkenntnisverfahren (§ 322 Abs. 1 BGB)	134
II. Die Bindungswirkung des Urteils	135
III. Die Einrede des nicht erfüllten Vertrages in der Zwangsvollstreckung (§ 322 Abs. 3 BGB)	136
D. Besonderheiten des Synallagmas bei Vorleistungspflichten (§ 321 BGB)	137
I. Das Risiko des Vorleistungspflichtigen	137
II. Unzumutbarkeit der Vorleistung infolge Verschlechterung des Risikos	138

1. Einrede wegen Verschlechterung des Vorleistungsrisikos (§ 321 Abs. 1 BGB)	140
2. Schutz bei zufällig eintretenden Leistungshindernissen	141
3. Beendigung der vertraglichen Bindung (§ 321 Abs. 2 BGB)	141
III. Schadensersatzansprüche des Vorleistungspflichtigen	142
IV. Vergütung bereits erbrachter Teil-Vorleistungen	142
V. Interesse des Vorleistungspflichtigen am Leistungsaustausch (§ 322 Abs. 2, Abs. 3 BGB)	143
VI. Darlegungs- und Beweislast	143
VII. Andere Rechtsbehelfe des Vorleistungspflichtigen	144

§ 15 Endgültiger Fortfall des Gegenleistungsanspruchs

A. Zweck und Struktur der §§ 323 ff. BGB	144
B. Der Fortfall des Gegenleistungsanspruchs bei Nichterbringbarkeit der Leistung (§ 326 Abs. 1 BGB)	145
I. Die der Regelung inhärente Verteilung der Preisgefahr	146
II. Voraussetzungen des § 326 Abs. 1 S. 1 BGB	146
III. Der Wegfall des Gegenleistungsanspruchs	147
IV. Minderung bei teilweiser Unerbringbarkeit der Leistung	147
V. Keine Minderungsregelung für die Schlechtleistung (§ 326 Abs. 1 S. 2 BGB)	148
VI. Das ergänzende Rücktrittsrecht nach § 326 Abs. 5 BGB	149
VII. Darlegungs- und Beweislast	150
VIII. Die Verantwortlichkeit des Gläubigers	150
IX. Aufrechterhaltung des Gegenleistungsanspruchs bei Erlangung eines Ersatzes	151
C. Der Rücktritt vom Vertrag wegen Nichtleistung trotz Erbringbarkeit der Leistung	151
I. Im Gegenseitigkeitsverhältnis stehende Leistungspflichten	152
II. Nichtleistung trotz Erbringbarkeit, Fälligkeit und Durchsetzbarkeit	152
III. Nachfristsetzung	152
IV. Die Entbehrlichkeit der Nachfristsetzung bei relativer Fixschuld (§ 323 Abs. 2 Nr. 2 BGB)	152
1. Tatbestand	152
2. Bedeutung für die Schadensersatzpflicht	154
3. Bedeutung einer gesetzten Nachfrist	154
D. Der Rücktritt vom Vertrag wegen Schlechtleistung (§ 323 Abs. 1, 2. Alt., Abs. 5 S. 2 BGB)	155
I. Der eingeschränkte Anwendungsbereich des § 323 Abs. 1, 2. Alt. BGB	155
II. Die Schlechtleistung	156
III. Nachfristsetzung	156
IV. Rücktritt vom ganzen Vertrag trotz Teilleistung (§ 323 Abs. 5 S. 2 BGB)	156

Gliederungsverzeichnis

E. Rücktritt wegen Leistungsgefährdung	157
I. Richterrechtliche Regeln	157
II. Rücktritt wegen Leistungsverweigerung (§ 323 Abs. 4 BGB)	157
III. Rücktritt hinsichtlich künftiger Teilleistungen aufgrund Abmahnung (§ 323 Abs. 3 BGB)	158
IV. Rücktrittsrecht des Vorleistungspflichtigen (§ 321 Abs. 2 BGB)	159
F. Rücktritt wegen Verletzung von Rücksichtnahmepflichten (§ 324 BGB)	159
I. Zweck	159
II. Verletzung einer Rücksichtnahmepflicht	159
III. Unzumutbarkeit der Bindung an den Vertrag	160
IV. Voraussetzungen im Übrigen	160
G. Die Ausübung des Rücktrittsrechts	161
I. Allgemeine Regeln	161
II. Beteiligung Dritter	162
III. Eigene Vertragstreue des Gläubigers	162
H. Das Verhältnis des Rücktritts zum Schadensersatz (§ 325 BGB)	163
I. Die Eigenständigkeit der Rechte	163
II. Die Wahlmöglichkeiten	163
III. Kumulierung der Rechte	163
IV. Ius variandi	165
J. Die Kündigung von Dauerschuldverhältnissen	166
I. Die störungsrechtliche Bedeutung des § 314 BGB	166
II. Rücktritt von der einzelnen Teilleistungspflicht	168
III. Rücktritt vom gesamten Dauerschuldverhältnis	168
IV. Außerordentliche Kündigung des Dauerschuldverhältnisses	169
V. Struktur des Kündigungstatbestandes	169
1. Kündigung wegen Unzumutbarkeit infolge Pflichtverletzung (§ 314 Abs. 2 BGB)	170
2. Kündigung wegen Unzumutbarkeit im Übrigen	171
3. Verhältnis zu § 313 BGB	172
VI. Bedeutung anderweitiger Beendigungsmöglichkeiten	173
VII. Ausübung des Kündigungsrechts	173
VIII. Kombination von Rücktritt und Kündigung	174
IX. Auswirkung der Kündigung	174
X. Verhältnis zum Schadensersatz	175

4. Teil: Die Pflicht des Schuldners zu Schadensersatz und Ersatzherausgabe

1. Abschnitt: Der Schutz des Gläubigers durch Schadensersatzpflichten

§ 16 Die Struktur der gesetzlichen Regelung

A. Die Unterscheidung nach der Schadensart (§ 280 BGB)	179
I. Leistungsinteresse und Integritätsinteresse als Ausgangspunkt	179

II. Die Schadensarten	179
III. Die Einordnung der Schadensarten in die gesetzliche Systematik . . .	180
B. Die Unterscheidung nach der Art der Störung	180
C. Unterscheidung nach dem Haftungsgrund	181
D. Das Problem des Grundtatbestandes „Pflichtverletzung“ (§ 280 Abs. 1 BGB)	182

2. Abschnitt: Der Schadensersatz statt der Leistung

§ 17 Der Schutz des Leistungsinteresses im Überblick

A. Das Verhältnis von Leistung und Schadensersatz statt der Leistung	183
B. Der Übergang von der Leistung zum Schadensersatz	184
I. Der automatische Übergang zum Schadensersatz beim Leistungshindernis (§§ 275 Abs. 4, 283, 311a Abs. 2 BGB)	184
II. Die Rechtfertigung des Übergangs zum Schadensersatz bei Erbringbarkeit der Leistung	184
1. Rechtfertigungsgründe	184
2. Das Verhältnis der Rechtfertigungsgründe zueinander	185
III. Die prozessuale Seite des Übergangs	186
1. Klage auf Leistung	186
a) Übergang vor oder während des Leistungsprozesses	186
b) Übergang nach Rechtskraft eines Leistungsurteils	187
2. Schadensersatzklage	188

§ 18 Schadensersatz statt der Leistung bei Leistungshindernissen

A. Die Regelung im Überblick	188
B. Die Haftungsvoraussetzungen bei nachträglichem Leistungshindernis (§§ 280 Abs. 1, 3, 283 BGB)	189
I. Die Pflichtverletzung	189
II. Nachträglichkeit des Leistungshindernisses	191
III. Keine Entlastung (§ 280 Abs. 1 S. 2 BGB)	191
IV. Prozessuales	192
C. Die Haftung für anfängliche Leistungshindernisse (§ 311a Abs. 2 BGB) . .	192
I. Die in der Leistungszusage enthaltene eingeschränkte Garantie . . .	193
II. Der Umfang der Garantie	194
1. Leistungshindernis	194
2. Bekanntheit oder Erkennbarkeit des Leistungshindernisses	194
3. Der Vertragsschluss als maßgeblicher Zeitpunkt	196
a) Maßgeblicher Zeitpunkt für das Vorliegen des Leistungshindernisses	196
b) Maßgeblicher Zeitpunkt für die Feststellung der zugrunde liegenden Tatsachen	197
4. Das von der Garantie gedeckte Interesse	198
5. Modifizierungen der Garantiehafung	198

Gliederungsverzeichnis

a) Verschärfungen	198
b) Milderungen	200
III. Haftung bei anfänglicher Unzumutbarkeit der Bindung für den Gläubiger	200
IV. Darlegungs- und Beweislast	201
V. Verhältnis zu anderen Haftungsregeln	202
D. Anrechnung des Surrogats (§ 285 Abs. 2 BGB)	202
E. Verhältnis zu anderen Gläubigerrechten	203

§ 19 Schadensersatz statt der Leistung wegen Nichtleistung

A. Systematische Einordnung	205
B. Die Voraussetzungen im Überblick	205
C. Erfasste Leistungspflichten	205
D. Die Nichtleistung trotz Erbringbarkeit, Fälligkeit und Durchsetzbarkeit	206
I. Voraussetzungen im Allgemeinen	206
1. Kein Leistungshindernis	206
2. Fälligkeit und Durchsetzbarkeit	207
3. Nichtleistung	208
II. Nichtleistung bei Zurückweisung nicht schuldgerechter Leistung	208
III. Beendigung der „Nichtleistung“ durch Erbringung der Leistung	209
E. Nichtleistung trotz Nachfristsetzung	210
I. Setzung einer angemessenen Nachfrist	210
1. Inhaltliche Anforderungen	210
2. Schuldnerschützende Wirkung	212
3. Angemessenheit der Nachfrist	213
II. Problemfälle	215
1. Nichtsynallagmatische Leistungspflichten	215
2. Zusammenhängende Leistungspflichten	216
3. Mitwirkungsleistungspflichten des Gläubigers	216
4. Nachfristsetzung bei mehrfacher Störung	217
a) Nichtbehebung der ursprünglichen Störung	217
b) Mehrheit von Störungen	218
III. Nachfristsetzung durch Dritte	219
IV. Ausschluss der Fristsetzungsbefugnis	219
F. Fortsetzung der Nichtleistung nach Fristablauf	220
G. Keine Entlastung des Schuldners (§ 280 Abs. 1 S. 2 BGB)	220
H. Die Entbehrlichkeit der Nachfristsetzung (§ 281 Abs. 2 BGB)	221
I. Endgültige Erfüllungsverweigerung nach Fälligkeit (§ 281 Abs. 2, 1. Alt. BGB)	221
II. Überwiegendes Interesse des Gläubigers am Schadensersatz	223
1. Fortfall des Interesses an der Leistung	223
2. Funktionswidrigkeit der Nachfristsetzung	225
3. Verhältnis zu bereits ausgesprochener Nachfrist	226
I. Erweiterung der Schadensersatzbefugnis bei (quantitativen) Teilleistungen	227

I. Regelungsproblem	227
II. Annahme der Teilleistung	227
III. Sukzessivleistungen	230
IV. Entbehrlichkeit der Nachfristsetzung	231

§ 20 Schadensersatz statt der Leistung bei Schlechtleistung

A. Abgrenzung der Schlechtleistung	231
I. Schlechtleistung und Nichtleistung	231
II. Schlechtleistung und Aliud- bzw. Mankoleistung	231
III. Schlechtleistung und Leistungshindernis	233
IV. Schlechtleistung und Nebenleistungspflichten	234
V. Schlechtleistung und Verletzung von leistungsbezogenen Neben-	
pflichten	235
VI. Schlechtleistung und Verletzung von Rücksichtnahmepflichten . . .	236
VII. Das Verhältnis zur besonderen Mängelgewährleistung	236
1. Der Vorrang besonderen Gewährleistungsrechts bei Mängeln in	
Miet- und Pachtvertrag, Reisevertrag und Schenkung	237
2. Die modifizierte Anwendung der allgemeinen Regeln bei	
Mängeln im Kauf-, Tausch- und Werkvertrag	238
3. Die unmittelbare Anwendung der allgemeinen Regelung	239
B. Tatbestand der Schlechtleistung	239
I. Die Bestimmung der Leistungsqualität im Allgemeinen	239
II. Die Bestimmung der Leistungsqualität in den besonderen Gewähr-	
leistungsregeln	240
III. Weiterfresserschäden als Schlechtleistung?	241
C. Weitere Voraussetzungen des Schadensersatzanspruchs	242
I. Setzung und Ablauf einer angemessenen Nachfrist	242
II. Keine Unerheblichkeit bei großem Schadensersatz/Rücktritt	
(§ 281 Abs. 1 S. 2 BGB, § 323 Abs. 5 S. 2 BGB)	243
III. Fortfall des Interesses bei teilweiser Schlechtleistung	244

§ 21 Schadensersatz statt der Leistung wegen Gefährdung der Leistung

A. Das Problem	245
B. Der Tatbestand der Leistungsgefährdung	246
I. Die drohende Störung („Pflichtverletzung“)	246
1. Anknüpfungssachverhalt	246
2. Negative Prognose	247
a) Offensichtlichkeit	247
b) Ernsthafte Zweifel	248
II. Unzumutbarkeit	249
C. Gefährdung künftiger Teilleistungen, insbes. Sukzessivleistungen	
(§ 281 Abs. 3 BGB)	249
D. Verlust des subjektiven Vertrauens als Gefährdungstatbestand	251

Gliederungsverzeichnis

§ 22 Schadensersatz statt der Leistung bei Dauerschuldverhältnissen

A. Schadensersatz bezüglich der gestörten Einzelleistung	252
B. Schadensersatz statt der Leistung bezüglich des ganzen/künftigen Dauerschuldverhältnisses	252
I. Allgemeine Regelung	252
II. Besondere Schadensersatzregeln	254

§ 23 Schadensersatz statt der Leistung wegen Verletzung von Rücksichtnahmepflichten (§ 282 BGB)

I. Der Grundgedanke	255
II. Die Abgrenzung zu § 281 BGB	256
III. Rücksichtnahmepflichten zum Schutz des Integritätsinteresses	257
IV. Die Unzumutbarkeit der Leistung	257
V. Die Unzumutbarkeit der Leistung bei erbrachter Teilleistung	258
VI. Die Bedeutung der Abmahnung (§ 281 Abs. 3 BGB analog)	259
VII. Gefährdung des Integritätsinteresses wegen drohender Rücksicht- nahmepflichtverletzung	259
VIII. Vertretenmüssen und Beweislast	260

§ 24 Der Übergang zum Schadensersatzanspruch

A. Verletzung der Leistungspflicht oder Gefährdung der Leistung	261
I. Rechtslage nach Ablauf der Nachfrist	261
1. Schadensersatzbefugnis	261
2. Zurückweisung der Leistung	262
3. Frist zur Beseitigung der Schwebelage	262
II. Das Schadensersatzverlangen (§ 281 Abs. 4 BGB)	263
III. Leistungsverlangen nach Ablauf der Nachfrist	264
IV. Wegfall des Leistungsanspruchs	264
V. Rückabwicklung erbrachter Leistungen (§ 281 Abs. 5 BGB)	265
VI. Darlegungs- und Beweislast	265
VII. Verjährung	266
VIII. Abdingbarkeit	266
B. Unzumutbarkeit der Leistung wegen Verletzung einer Rücksicht- nahmepflicht (§ 282 BGB)	266

§ 25 Der Inhalt des Schadensersatzanspruchs

A. Schadensersatzrechtliche Differenzbetrachtung als Ausgangspunkt	268
B. Maßgeblicher Zeitpunkt für die Differenzbetrachtung	270
C. Einbeziehung besonderer Schadensarten	271
I. Verzögerungsschäden und ähnliche Schäden infolge vorüberge- hender Störung	272
1. Die Position der Rechtsprechung	272
2. Gegenpositionen	272

a) Wegfall des Anspruchs aus §§ 280 Abs. 2, 286 BGB?	272
b) Alternativität der Anspruchsgrundlagen?	273
3. Eigene Position	273
II. Ausgrenzung der Integritätsschäden	275
III. Schlussfolgerung für Mangelfolgeschäden und Weiterfresser- schäden	276
1. Mangelfolgeschaden	276
2. Weiterfresserschaden	278
D. Die konkrete Schadensberechnung	278
I. Schaden infolge Ausbleiben der Leistung selbst	279
1. Wert der Leistung	279
2. Mehraufwendungen für Ersatzgeschäft (Deckungsgeschäft) des Gläubigers	280
II. Schaden infolge Ausbleiben der geplanten Leistungsverwendung	281
III. Fehlverhalten des Gläubigers	281
IV. Schadensmindernde Vorteile	283
E. Ersatz nutzloser Aufwendungen	285
I. Das Problem	285
II. Aufwendungsersatz als Schadensersatz statt der Leistung	286
1. Die Rentabilitätsvermutung	286
2. Einwendungen des Schuldners	287
III. Aufwendungsersatz an Stelle von Schadensersatz statt der Leistung (§ 284 BGB)	287
1. Dogmatische Einordnung	287
2. Verhältnis zur Rentabilitätsvermutung	289
3. Allgemeine Voraussetzungen	290
4. Insbesondere: Das berechtigte Vertrauen des Gläubigers	291
5. Insbesondere: Die Zurechenbarkeit der Aufwendungsentschei- dung	292
6. Umfang der Erstattung	293
a) Billigkeit	293
b) Keine Begrenzung auf positives Interesse	294
c) Vorteilsausgleich	294
d) Schadensminderungsobliegenheit (§ 254 Abs. 2 BGB)	294
e) Teilstörungen	295
7. Verhältnis zum Leistungsanspruch	295
8. Verhältnis zu Schadensersatzanspruch und Rücktritt	295
9. Darlegungs- und Beweislast	296
F. Der abstrakt berechnete Schaden	296
I. Absehen vom konkreten Schadensverlauf	296
II. Vermutungsregeln	294
III. Abstrakte Schadensberechnung im engeren Sinn	299
IV. Wahlrecht des Gläubigers	300
G. Besonderheiten der Schadensberechnung bei gegenseitigen Verträgen	300
I. Das Problem	300
II. Die Situation unter Geltung des alten Rechts	302

Gliederungsverzeichnis

III. Die Rechtslage nach Inkrafttreten des SMG	303
1. Überblick über den Meinungsstand	303
2. Eigene Position	304
H. Die Schadensberechnung bei Teilstörungen („Großer und kleiner Schadensersatz“)	306
I. Voraussetzungen des großen Schadensersatzes	306
II. Umfang des kleinen Schadensersatzes	307
III. Ius variandi	308
J. Rechtliche Behandlung des Schadensersatzanspruchs im Übrigen	309

§ 26 Die Pflicht zur Herausgabe eines Ersatzes (§ 285 BGB)

A. Der Ausgleichszweck	310
B. Keine Beschränkung auf „gegenständliche“ Leistungen	311
C. Die Unerbringbarkeit der Leistung (§ 275 BGB)	312
D. Der Ersatz oder Ersatzanspruch	312
I. Der Ersatzcharakter	313
II. Beispiele	313
III. Das Verhältnis zu Vorkehrungen des Schuldners	315
E. Inhalt der Herausgabepflicht	316
I. Umfang	316
II. Gläubigernachteil als Grenze	316
F. Ausschluss des Anspruchs für bestimmte Leistungspflichten	317
G. Beweislast und Verjährung	319
H. Schadensersatz und Surrogat (§ 285 Abs. 2 BGB)	320
J. Aufrechterhaltung der Gegenleistung bei Erlangung eines Ersatzes (§ 285 BGB)	321

3. Abschnitt: Schadensersatz für vorübergehende Störungen

§ 27 Begriff und Problem der vorübergehenden Störungen

§ 28 Vorübergehende Nichtleistung (Schuldnerverzug)

A. Die Verzugsregelung im Überblick	324
B. Voraussetzungen des Schuldnerverzuges	324
I. Nichtleistung	324
II. Keine anspruchsvernichtende Einwendung/kein Leistungshindernis	325
III. Durchsetzbarkeit (Einredefreiheit)	326
IV. Fälligkeit	328
V. Qualifizierte Nichtleistung	328
1. Erfolgreiche Mahnung (§ 286 Abs. 1 S. 1 BGB)	329
a) Inhalt der Mahnung	329
b) Form und Rechtsnatur	331

c) Zeitpunkt der Mahnung	331
d) Verhältnis zur Nachfristsetzung	332
e) Gleichgestellte Rechtsakte	332
2. Entbehrlichkeit der Mahnung	332
a) Kalendermäßig bestimmte Leistungszeit	332
b) Ereignisabhängiger Leistungszeitpunkt	333
c) Erfüllungsverweigerung	334
d) Besondere Gründe	334
3. Ablauf einer 30-Tage-Frist bei Geldschulden	335
a) Normzweck	335
b) Voraussetzungen	336
aa) Entgeltforderung	336
bb) Zugang einer Rechnung/Zahlungsaufstellung	336
cc) Fristablauf	337
VI. Vertragstreue des Gläubigers bei gegenseitigem Vertrag als weitere Voraussetzung	338
VII. Vertretenmüssen	339
C. Der Zeitpunkt des Verzugesintritts	339
D. Die Beendigung des Verzuges	340
I. Leistungserbringung	340
II. Wegfall anderer Verzugsvoraussetzungen	342
E. Der Ersatz des Verzögerungsschadens und andere Verzugsfolgen	342
I. Der Verzögerungsschaden	342
1. Begriff	342
2. Abgrenzung zum Integritätsinteresse	343
3. Typische Schäden	343
a) Rechtsdurchsetzungskosten	343
b) Deckungsaufwand	344
c) Entgangener Gewinn	345
d) Verzugszinsen	346
4. Keine Anwendung des § 284 BGB	349
5. Verzug bei Abtretung und Schuldnerwechsel	349
II. Verschärfung der Schuldnerverantwortlichkeit	350
1. „Haftung für Zufall“	350
2. Aufhebung von Haftungsprivilegierungen	352
III. Abdingbarkeit	352

§ 29 Andere vorübergehende Störungen

I. Die vorübergehende Schlechtleistung, Aliudleistung und Mankoleistung	353
II. Vorübergehende Verletzung leistungsbezogener Nebenpflichten	355
III. Vorübergehendes Leistungshindernis	355
IV. Vorübergehende Leistungsgefährdung	355
V. Verhältnis zum Schadensersatz statt der Leistung	355

Gliederungsverzeichnis

4. Abschnitt: Der Schadensersatz für Verletzungen des Integritätsinteresses

1. Kapitel: Die Grundlagen der Haftung

§ 30 Strukturelemente der Haftung

A. Überblick	356
B. Das Integritätsinteresse	357
C. Die Haftungsnormen	358
D. Die Haftung aus § 280 Abs. 1 BGB	359
I. Verletzung von Rücksichtnahmepflichten	359
1. Die Rechtfertigung der Rücksichtnahmepflicht	359
2. Typische Pflichtinhalte	359
3. Weitere Elemente	361
II. Integritätsverletzungen infolge Nicht- oder Schlechtleistung	361
1. Anknüpfung der Haftung an Rücksichtnahmepflicht	361
2. Abgrenzung zu leistungsbezogenen Nebenpflichten	362
III. Darlegungs- und Beweislast	363
E. Inhalt des Anspruchs	363
F. Das Verhältnis zur deliktischen Haftung	363

2. Kapitel: Die Haftung für vorvertragliche Pflichtverletzungen

§ 31 Das vorvertragliche Schuldverhältnis

A. Das Gesetz als Geltungsgrund (§ 311 Abs. 2 BGB)	366
B. Haftungsgrund und Schutzgut	367
C. Persönliche Haftungsvoraussetzungen	369
D. Der Tatbestand des vorvertraglichen Schuldverhältnisses	369
I. Aufnahme von Vertragsverhandlungen (§ 311 Abs. 2 Nr. 1 BGB)	370
II. Vertragsanbahnung (§ 311 Abs. 2 Nr. 2 BGB)	370
III. Ähnliche geschäftliche Kontakte (§ 311 Abs. 2 Nr. 3 BGB)	371

§ 32 Der vorvertragliche Schutz der Rechtsgüter 372

§ 33 Der vorvertragliche Schutz der Entscheidungsfreiheit

A. Ausgrenzung der vertraglichen Haftung	373
B. Schutz vor dem nicht erwartungsgerechten Vertrag bzw. vor dem nicht erwartungsgerechten Vertragsumfeld	374
I. Haftung für positive Erklärungen	375
II. Haftung für unterlassene Aufklärung	376
1. Nicht aufklärungspflichtige Informationen	377
a) Spezielles Geheimhaltungsinteresse	377
b) Recht zur Ausnutzung des Informationsvorsprungs	377

aa) Marktwissen	378
bb) „Innovatives“ Wissen	379
2. Keine Pflicht zur Informationsbereitstellung	380
3. Allg. Voraussetzungen der Aufklärungspflicht	381
4. Spezifische Rechtfertigung	382
a) Aufklärung über nicht präsenten Wissen	382
aa) Aufklärung kraft in Anspruch genommenen Vertrauens	382
bb) Aufklärung kraft Ingerenz	383
b) Aufklärung über präsenten Wissen	383
aa) Aufklärung wegen in Anspruch genommenen Vertrauens/ Ingerenz	383
bb) Aufklärung zum Schutz Unerfahrener	384
cc) Aufklärung als Teil der Verständigung über Inhalt und Grundlagen des Vertrages (Pflicht zum „Nachfragen“)	385
dd) Die Erkennbarkeit des Informationsbedarfs als begren- zendes Element	388
c) Beispiele für Aufklärungspflichten aus der Rechtsprechung	390
III. Schutz vor unzulässigem Entscheidungsdruck/Übereilung	392
IV. Vorvertraglicher Schutz durch spezielle gesetzliche Regelungen	395
C. Schutz der Erwartung auf einen wirksamen Vertrag	397
I. Ausbleiben der rechtsgeschäftlichen Einigung	397
II. Verursachung/Nichtbeseitigung eines Wirksamkeitshindernisses	400
D. Rechtsfolgen	403
I. Grundsatz: Vertrauensschaden	403
II. Besonderheiten beim nicht erwartungsgerechten Vertrag	403
1. Vermutung aufklärungsgemäßen Verhaltens	403
2. Vertragsaufhebung	403
3. Vertragsanpassung	405
III. Schutz des Erfüllungsinteresses beim nicht zustande gekommenen Vertrag?	406
E. Mitverschulden des Geschützten	408
I. Minderung des Schadensersatzes	408
II. Schadensersatzpflicht des Geschützten	409
F. Verhältnis zu vertraglichen Ansprüchen	410
G. Verantwortlichkeit für Verhandlungsgehilfen	412
H. Die Haftung Dritter aus vorvertraglichem Schuldverhältnis (§ 311 Abs. 3 BGB)	413
I. Grundgedanke	413
II. Spezifische Rechtfertigung	414
1. Besondere Sachkunde	414
2. Eigenes wirtschaftliches Interesse des Dritten	415
3. Prospekthaftung	416
III. Haftungsinhalt	416
J. Drittschützende Wirkung des vorvertraglichen Schuldverhältnisses	417
K. Besonderheiten bei der Abbedingung/Einschränkung der Haftung aus vorvertraglichen Rücksichtnahmepflichten	417

5. Abschnitt: Die Zurechnung der Pflichtverletzung

§ 34 Das Vertretenmüssen des Schuldners

A. Funktion	420
B. Die Haftung für Verschulden	421
I. Der Grundsatz	421
II. Der Gegenstand der Zurechnung	422
1. Erfolg oder Fehlverhalten	422
2. Haftungsbegründende Kausalität	422
3. Vorverlagerung der Zurechnung	423
III. Die Haftung für Vorsatz	423
IV. Die Haftung für Fahrlässigkeit	424
1. Sorgfaltsmaß	424
2. Zwei Ebenen der Sorgfaltsprüfung	428
V. Gesetzliche und richterrechtliche Haftungserleichterungen	429
1. Die Beschränkung der Haftung auf grobe Fahrlässigkeit	429
2. Beschränkung der Haftung auf eigenübliche Sorgfalt	431
3. Enthftung für leichteste Fahrlässigkeit	431
VI. Vertragliche Haftungsbeschränkungen	432
VII. Verschuldensfähigkeit	432
C. Vertretenmüssen ohne Verschulden	433
I. Gesetzliche Haftungsverschärfung	433
II. Vertragliche Haftungsverschärfung	434
1. Abgrenzung zum selbständigen Garantievertrag	434
2. Haftungsverschärfung als Teil des Leistungsversprechens	434
a) Durch „Verstärkung“ des Leistungsversprechens	435
b) Als typischer Inhalt des Leistungsversprechens	436
aa) Geldschuld	436
bb) Gattungsschuld	436
cc) Individuelle Beschaffungsschuld	438
3. Abbedingung von Haftungserleichterungen	439
D. Einstehenmüssen für dritte Personen (§ 278 BGB)	439
I. Grundgedanke	439
II. Erfüllung einer Verbindlichkeit	440
III. Die zur Erfüllung eingesetzte Person	441
1. Erfüllungsgehilfe	441
2. Gesetzlicher Vertreter	443
IV. Zurechnungszusammenhang für konkretes Verhalten	443
E. Darlegungs- und Beweislast	444

5. Teil: Die Verantwortung des Gläubigers

§ 35 Grundlagen

A. Die Problemstellung	445
B. Prinzipien der Gläubigerverantwortlichkeit	446

I. Verantwortung für Fehlverhalten	446
II. Risikoverantwortung	446
1. Gesetzliche Regelungen	446
2. Verallgemeinerbarkeit?	447
3. Die Linie der herrschenden Meinung	448
C. Die rechtliche Strukturierung der Gläubigerverantwortlichkeit	449
I. Die vertragliche Verantwortlichkeit	449
II. Die vorvertragliche Verantwortlichkeit	450
D. Die Darstellung	450

§ 36 Die Verantwortung des Gläubigers für Mitwirkungsdefizite im Rahmen des Gläubigerverzuges

A. Die Erfassung unzureichender Mitwirkung im Gläubigerverzug	451
B. Der Tatbestand des Gläubigerverzuges	453
I. Die Erbringbarkeit der Leistung	453
1. Die Exklusivität von Annahmeverzug und Nichterbringbarkeit der Leistung	453
a) Der unproblematische Anwendungsbereich: Leistungshindernisse auf Seiten des Schuldners	453
b) Die problematischen Fälle: Undurchführbarkeit der Mitwirkungshandlung (Mitwirkungshindernisse)	454
c) Vorübergehendes Mitwirkungshindernis	456
d) Vorübergehende Leistungshindernisse (§ 297 BGB)	456
e) Die Bedeutung des Leistungswillens	457
2. Maßgeblicher Zeitpunkt für die Beurteilung der Erbringbarkeit der Leistung	458
a) Normalschuld	458
b) Absolute Fixschuld	459
II. Ordnungsgemäßes Angebot der Leistung	461
1. Tatsächliches Angebot (§ 294 BGB)	461
a) Angebot	461
b) Ordnungsmäßigkeit der Leistung	461
c) Erleichterungen bei Obliegenheitsverletzungen des Gläubigers	463
2. Wörtliches Angebot (§ 295 BGB)	464
a) Das wörtliche Angebot	464
b) Erforderlichkeit einer besonderen Mitwirkungshandlung (§ 295 S. 1, 2. Alt. BGB)	464
c) Erklärte Annahmeverweigerung des Gläubigers (§ 295 S. 1, 1. Alt. BGB)	465
3. Entbehrlichkeit des Angebots	466
a) Kalendermäßig bestimmte Mitwirkungshandlung (§ 296 BGB)	466
b) Sonstige Fälle	467

Gliederungsverzeichnis

4. Insbesondere: Das Angebot bei Dienst- und Arbeitsleistungen . . .	468
III. Die Nichtannahme der Leistung	470
1. Die schlichte Nichtannahme	470
2. Nichtannahme infolge berechtigter Leistungsverweigerung des Schuldners (§ 298 BGB)	471
3. Unschädlichkeit eines Vorbehalts bei der Annahme	472
4. Zurechnung von Annahmehindernissen	473
a) Grundsatz	473
b) Vorübergehende Annahmehindernisse (§ 299 BGB)	473
c) Vom Schuldner zu vertretende Annahmehindernisse (§ 242 BGB)	474
IV. Beendigung und Unterbrechung des Annahmeverzuges	475
V. Darlegungs- und Beweislast	475
C. Die Rechtsfolgen des Gläubigerverzuges	476
I. Der Grundgedanke	476
II. Die Rechtsfolgen im Einzelnen	476
1. Entlastung des Schuldners bezüglich der Leistungspflicht	476
a) Übergang der Sachgefahr bei Gattungsschulden	476
b) Übergang der Preisgefahr bei gegenseitigen Leistungen	479
c) Lockerung des Synallagmas	481
d) Entlastung bei der Verantwortlichkeit für Leistungerschwererungen	481
e) Begrenzung der Verzinsungspflicht bei verzinlichen Geldschulden	482
f) Begrenzung der Herausgabepflicht bei Nutzungsherausgabe	482
g) Beseitigung/Beendigung der Leistungspflicht	482
aa) Recht zur Besitzaufgabe bei unbeweglichen Sachen	482
bb) Hinterlegungs-/Versteigerungsrecht bei Leistungen bezüglich beweglicher Sachen	483
cc) Beseitigung der Leistungspflicht bei anderen Leistungen	483
2. Entlastung des Schuldners bezüglich Schadensersatz statt der Leistung	484
3. Entlastung von zusätzlichen Aufwendungen (§ 304 BGB)	485
4. Verhältnis des Gläubigerverzuges zum Schuldnerverzug	486
D. Insbesondere: Der Annahmeverzug bei Dienst-, Arbeits- und Werkleistungen	486
I. Dienst-/Arbeitsleistung	486
1. Erbringbarkeit bei absoluter Fixschuld	487
2. Substratsgefahr/Betriebsrisiko bei Dienst- und Arbeitsleistungen als Fall des Gläubigerverzugs?	487
3. „Wirtschaftsrisiko“ als Fall des Gläubigerverzugs	489
4. Das Arbeitskampfrisiko im Rahmen des Annahmeverzugs	490
5. Die Anrechnung anderweitiger Erwerbsmöglichkeit	490
II. Werkleistungen	491
E. Die Mitwirkung des Gläubigers als Gegenstand einer echten Rechtspflicht	492

I. Der Ausgangspunkt	492
II. Einklagbarkeit der Mitwirkungspflicht	494
III. Anspruch auf Schadensersatz	495
IV. Die Schadensersatzpflicht als abschließende Regelung der Gläubigerverantwortlichkeit	496

§ 37 Die Verantwortung des Gläubigers für Leistungshindernisse

A. Die gesetzliche Regelung der Gläubigerverantwortung	497
B. Vom Gläubiger zu verantwortende Leistungshindernisse bei gegenseitigen Leistungspflichten	498
I. Fehlverhalten des Gläubigers	498
1. Verletzung echter Rechtspflichten	499
2. Obliegenheitsverletzungen	500
3. Vorwerfbarkeit	502
II. Vom Gläubiger zu tragende Risiken	503
1. Ausdrückliche vertragliche Regelung	503
2. Risikoverantwortlichkeit im Rahmen des § 326 Abs. 2 S. 1, 1. Alt. BGB	503
III. Insbesondere Mitwirkungshindernisse bei Arbeits-, Dienst- und Werkleistungen	504
1. Mitwirkungshindernisse bei Arbeitsleistungen (Betriebsrisiko, Arbeitskampfrisiko)	504
a) Betriebsrisiko	504
b) Arbeitskampfrisiko	507
2. Mitwirkungshindernisse bei Dienstleistungen im Übrigen	509
3. Mitwirkungsdefizite bei Werkleistungen	510
4. Mitwirkungshindernisse bei Sachleistungen	512
IV. Risikoverantwortung des Gläubigers für sonstiges risikoerhöhen- des Verhalten	512
V. Risikoverantwortung des Gläubigers für persönliche Hindernisse des Schuldners (§ 616 BGB)	512
VI. Zurechnung des Verhaltens Dritter	515
VII. Beweislast	515
VIII. Vollständige Aufrechterhaltung der Gegenleistungspflicht	515
1. Grundregel	515
2. Anrechnung von Vorteilen	516
a) Anrechnung ersparter Aufwendungen	516
b) Anrechnung anderweitig erzielter Vorteile	518
c) Anrechnung unterlassenen anderweitigen Erwerbs	518
3. Absicherung gegen Rücktritt, Kündigung und Minderung (§ 323 Abs. 6 BGB)	519
4. Verhältnis zum Schadensersatzanspruch des Schuldners	520
5. Obliegenheit zur Schadloshaltung bei Leistungsmehraufwand	520

Gliederungsverzeichnis

§ 38 Die Mitverantwortung des Gläubigers (beiderseitige Verantwortung)

A. Problemaufriss	521
B. Von beiden Parteien zu vertretende verschiedene Störungen	522
C. Von beiden Parteien gemeinsam zu verantwortende gleiche Störung	523
I. Grundsatz	523
II. Insbesondere: Das beiderseits zu verantwortende Leistungshinder- nis im gegenseitigen Vertrag	523
1. Problemstellung	523
2. Gesetzliche Ausgangslage	524
3. Lösungsvorschläge	525
4. Eigene Position	526
a) Kein Schadensersatzanspruch des Schuldners	526
b) Der Umfang der Gegenleistungspflicht als Konfliktpunkt	527
c) Die Abhängigkeit von der Rechtswahl des Gläubigers	527
aa) Volle Gegenleistungspflicht bei Schadensverlangen des Gläubigers	527
bb) Geminderte Gegenleistungspflicht bei „Abstandnahme“ . .	529
d) Abgleich mit der Rechtsprechung	530
e) Abstimmung mit etwaigem Rücktritt des Gläubigers	530
f) Beiderseits zu vertretende Teilunmöglichkeit	530
g) Anrechnung ersparter Aufwendungen	531
h) Herausgabe des stellvertretenden commodum (§ 285 BGB) . . .	531
Sachregister	533